

*Rede von Oberbürgermeister Volker Kieber*

*Bad Krozingen, den 22. Juli 2025 – Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,

sehr geehrte Vertreter der Presse,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

liebe Eltern,

heute Abend sprechen wir über ein Thema, welches mir in besonderer Weise am Herzen liegt: Die Schulentwicklung in Bad Krozingen und die damit verbundene schrittweise Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027.

Dieser Rechtsanspruch ist beschlossen – auf Bundesebene. Die Umsetzung liegt aber bei uns, den Städten. Mittlerweile liegen 25% der staatlichen Aufgaben bei den Gemeinden, nur 14% sind seitens Bund und Land finanziert.

In Bad Krozingen haben wir uns bewusst für den Ganzttag in Wahlform entschieden. Das gibt Familien die Freiheit, selbst zu bestimmen, was zu ihrem Alltag, ihrem Kind und ihrer Erziehung passt. Ein offener Ganzttag ist sicherlich nicht das leichtere Modell für Schule oder Schulträger – Es ist aber das flexiblere, individuellere und familiennähere Modell. Es bietet Raum für Förderung und Entfaltung – ohne Zwang, aber mit Struktur.

Was wir mit dem Ganzttag schaffen, ist ein verlässlicher Rahmen: Eine Plattform, auf der Schule, Familie und außerschulische Angebote Hand in Hand gehen können. Ganzttag ist nicht weniger Freiheit – Ganzttag ist mehr Gerechtigkeit bei gleichem Zugang.

Wir haben in unserer Stadt Bad Krozingen Menschen in sehr unterschiedlichen Lebenslagen. Die Wirklichkeit vieler Familien sieht anders aus, als wir sie vielleicht aus unserem persönlichen Umfeld kennen.

Wer in den Ganzttag investiert, investiert in präventive Stabilität.

Viele Kinder wachsen heute in Familien auf, in denen beide Elternteile arbeiten wollen – oder müssen. Nicht aus Überforderung, sondern weil sie das Leben selbst gestalten möchten. Doch ohne verlässliche Betreuung am Nachmittag wird das oft zur täglichen Zerreißprobe.

Und ja, es gibt Eltern, die keinen Musiklehrer engagieren können. Nicht alle Eltern haben die Möglichkeit, ihre Kinder am Nachmittag persönlich zu begleiten – nicht, weil es ihnen an Engagement fehlt, sondern weil sie in Berufen arbeiten, die viel von ihnen verlangen. Tätigkeiten, die unser gesellschaftliches Leben tragen – oft im Schichtdienst, unter hoher Belastung und leider

noch immer ohne faire Bezahlung. Auch ihre Kinder haben Anspruch auf die bestmögliche Förderung.

Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, allen Kindern – unabhängig vom Einkommen oder Zeitbudget ihrer Eltern – gleiche Chancen auf Bildung, Entwicklung und Teilhabe zu bieten. Auch diese Kinder sind in unserer Verantwortung.

Die bestmögliche Förderung und Unterstützung unserer Kinder war und ist ein zentrales Ziel von Gemeinderat und Stadtverwaltung– Zu Recht, wie ich finde, stehen die Themen „Bildung“ und „Betreuung“ deshalb an erster Stelle unserer Balanced Scorecard. In den vergangenen 11 Jahren – seit ich Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister unseres wunderschönen Bad Krozingens bin – haben wir rund 50 Millionen Euro in den Ausbau unserer Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur investiert.

Seit bereits nunmehr 2013 beschäftigen sich Schule, Elternschaft, Gemeinderat und Stadtverwaltung intensiv mit der Weiterentwicklung der Bad Krozinger Schullandschaft. All dies mündete in einem fast einstimmigen (1-Nein-Stimme!) Beschluss des Gemeinderates im Juli 2019: *„Die Werkrealschule tritt ab dem Schuljahr 2021/22 aus dem bestehenden Verbund mit der Johann-Heinrich-von-Landeck-Schule aus und zeitgleich in einen Verbund mit der Max-Planck-Realschule ein. Die verbleibende Johann-Heinrich-von-Landeckschule wird zur Ganztagsschule in Wahlform gemäß §4a Schulgesetz. Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Schritte zur Erreichung der oben genannten Ziele einzuleiten.“*

Meine sehr geehrten Damen und Herren Mitglieder des Gemeinderates:

Politik lebt vom Wandel und muss gestalten. Sie muss aber auch verlässlich bleiben.

Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Umbrüche und gesellschaftlicher Spannungen braucht es eine politische Kultur, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen können – über Legislaturperioden hinaus.

Der 2019 gefasste politische Beschluss ist mehr als nur eine Momentaufnahme gewesen. Er ist das Ergebnis intensiver Beratungen, demokratischer Aushandlungsprozesse, und er trägt die Handschrift vieler Beteiligter.

Gerade für die Stadtverwaltung bedeutet politische Verlässlichkeit Planungssicherheit und Stabilität in der Umsetzung – Das Verwaltungshandeln der Stadt Bad Krozingen orientiert sich immer an den im Gremium gefassten Beschlüssen: Deswegen braucht es klare, verlässliche Arbeitsaufträge, um

Projekte effektiv zu steuern, Ressourcen sinnvoll einzusetzen und unsere Stadt für unsere Bürgerinnen und Bürger zu gestalten.

In den vergangenen Jahren haben wir wichtige bauliche Grundlagen für die Zukunft unserer Schule gelegt – Immer auf Grundlage des vom Gemeinderat vorgegebenen Ziels. Zahlreiche Vorhaben sind bereits realisiert oder befinden sich in der finalen Umsetzungsphase.

So geht der Erweiterungsbau an der Max-Planck-Realschule zum neuen Schuljahr in Betrieb und die 200 Schülerinnen und Schüler der Werkrealschule werden zukünftig am Südring unterrichtet. Hierfür haben wir rund 17 Millionen Euro in die Hand genommen!

Für mich ist klar, dass der Start zum Schuljahr 2026/2027 alternativlos ist, denn: Die Kinder im Halbttag werden nicht benachteiligt, sondern erhalten weiterhin Zugang zu Angeboten in Wahlform am Nachmittag außerhalb der Ganztagszeiten. Gleichzeitig erhalten die Kinder im Ganzttag mehr Zeit und eine umfassendere Begleitung und Förderung durch Fachkräfte.

Der Ganzttag ist gerade deshalb auch eine Chance und ein starkes Zeichen für mehr Bildungsgerechtigkeit. Ganzttagsschulen bieten mehr Zeit, um Inhalte zu verstehen, zu vertiefen und zu üben – Dies ist besonders wichtig für Kinder, die zu Hause nicht oder nur eingeschränkt unterstützt werden können. Kinder im Ganzttag profitieren von Förderangeboten, Hausaufgabenhilfe und zusätzlicher Betreuung durch Fachkräfte. Ganztagsbetreuung ermöglicht mehr Zeit, Förderung und Teilhabe für alle.

Sie machen Bildung gerechter und umfassender. Deshalb ist der Ganzttag kein Luxus, sondern eine Investition in eine gerechtere Bildungslandschaft und in die Zukunft unserer Kinder.

Der Antrag der KFB-Fraktion und der daraufhin intensive Austausch des Gremiums mit der Ganztagsbetreuung war wichtig, um für alle Beteiligten eine breite Informationsgrundlage zu schaffen. Etliche Inhalte des Antrags sind heute in die Beschlussvorlage der Verwaltung eingeflossen.

Nachdem nun alle Informationen gesammelt sind, Diskussion geführt wurden und viele Bedenken ausgeräumt werden konnten, meine Bitte an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates: Lassen Sie uns zum Schuljahr 2026/2027 mit dem Ganzttag starten und schaffen Sie durch den Bau der Mensa auch die baulichen Voraussetzungen, dass dieser nachhaltig gelingen kann. Mir ist bewusst, dass aktuell der schriftliche Zuwendungsbescheid des Regierungspräsidiums Freiburg noch aussteht. Und ich möchte nicht verschweigen, dass diese Entscheidungen vielfältige Investitionen erfordert. Wir brauchen Räume. Personal. Konzepte. Wir brauchen eine neue Denkweise in der Organisation unserer Schulen.

Deswegen darf ein ausstehender Bescheid kein Hinderungsgrund sein – Wir müssen jetzt die Weichen für die Zukunft stellen. Alle Städte und Gemeinden im Land bauen darauf, dass das Land seine Zusagen einhält und die Förderung ermöglicht. So war es auch immer bei unseren anderen kommunalen Bauvorhaben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Ich freue mich nun auf die Diskussion und den Austausch im Gremium.